Sitzung 19.01.2009 Seite 1 von 2

Sitzung 19.10.2009



Jahresabschluss.



Home
Aktuelles aus 2008
Aktuelles aus 2007
Aktuelles aus 2006
Aktuelles aus 2004
Vorstand
Fraktion
@mmerndorf-online
Termine
Kommunalwahl
Aktuelles
Links

Sitzung des Ammerndorfer Gemeinderates vom 19.01.2009. Neueste Nachrichten aus dem Feuerwehrhaus

Zur ersten Sitzung des Jahres war wieder in den Schulungsraum der Feuerwehr eingeladen worden. Alle GR waren anwesend und Bürgermeister Schmuck konnte Ferdinand Geißelbrecht nachträglich im Gremium zum Geburtstag gratulieren, der am 14. Januar war.

Die Niederschrift der Dezember-Sitzung wurde einstimmig vom GR beschlossen.

Beim TOP Baugesuche lag von der Stadt Zirndorf ein Antrag auf Änderung eines Flächennutzungsplanes vor. Dieser wurde ohne geltend machen von Bedenken vom Gemeinderat genehmigt.

Hauptpunkt der Januar-Sitzung war die Rechnungsprüfung für den Jahresabschluss 2007. In zwei Sitzungen im Dezember hatte sich der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) mit dem Vorsitzenden Christian Dorn und den Mitgliedern Knut Ermer, Erwin Müller und Thomas Stelzig mit verschiedenen Themen aus der Verwaltung befasst und deren konforme Abwicklung geprüft. Nachstehend einige Punkte die im Rahmen des Rechnungsprüfung behandelt wurden.

Kosten

Abschlussbericht. Für den Eigenbetrieb der Gemeindewerke sind Steuerberatungskosten

in 2007 von 17.000 Euro (Vorjahr 14.000 Euro) angefallen. Hier stellte der RPA die

Frage ob es denn nicht möglich sei, dies in Eigenregie durchzuführen. Dies wurde damals bei Beschluss die Gemeindewerke zu Gründen schon behandelt und für

Steuerberatung,

Eigenbetrieb:

Site Map

Rechnungsprüfung

Bilderarchiv

Kontakt Gästebuch



Impressum

Schreiben Sie uns dochmal

machbar erachtet. Nach Auskunft der Verwaltung würde die Übernahme in die eigene Verwaltung erhebliche Schwierigkeiten bereiten. Weiterhin wäre dann für die Aufstellung des Jahresabschlusses erneut externe Beratung notwendig.

Prüfung Kommunale Verkehrsüberwachung - KVÜ. Die Prüfung erstreckte sich auf die ordnungsgemäße Abwicklung der Vorgänge der kommunalen Verkehrsüberwachung innerhalb der Gemeindeverwaltung sowie die möglichen Auswirkungen auf die Gemeindeverwaltung An der KVÜ nehmen aktuell 13 Gemeinden teil. Das erreichte

ordnungsgemäße Abwicklung der Vorgänge der kommunalen Verkehrsüberwachung innerhalb der Gemeindeverwaltung sowie die möglichen Auswirkungen auf die Gemeindeverwaltung. An der KVÜ nehmen aktuell 13 Gemeinden teil. Das erreichte Volumen an Verfahrensgeldern betrug 2007 insgesamt 322.000 Euro. Die Verwaltung ist in verschiedene Vorgänge eingebunden. Die Verfahren der KVÜ sind nachvollziehbar. Die Ermittlung der Allgemeinkosten ist nachvollziehbar.

Versicherungen der Gemeinde – wann wurden zum letzten Mal Angebote eingeholt? Prüfung in welchem Turnus? Prüfung ging dahingehend, ob von der Verwaltung in einem bestimmten Turnus die abgeschlossenen Versicherungen (z.B. Fahrzeuge, Gebäude, Haftpflicht etc.) auf mögliche Einsparungen untersucht werden. Nach Auskunft von H. Schobert gibt es für den kommunalen Bereich nur wenige Anbieter, die z.B. Fahrzeuge versichern. Die Allianz-Versicherung ist seit kurzem dazu gekommen. Es wird empfohlen eine Versicherungsübersicht zu erstellen, aus dem ersichtlich ist für welche Risiken Versicherungen abgeschlossen wurden und wie hoch die Kosten dafür sind. Diese ist in einem bestimmten Turnus z.B. alle 2 Jahre auf mögliche Einsparungen zu prüfen wenn weitere Anbieter auf dem Markt sind.

Kostenverrechnung FFW-Einsätze - Die Prüfung des RPA ging dahingehend, ob für Feuerwehreinsätze die entstehenden Kosten dem Verursacher in Rechnung gestellt werden. Bisher werden It. H. Schobert nur Kosten z.B. Verbrauchsmaterial in Rechnung gestellt. Z.B. Bindemittel bei Öl- oder Verkehrsunfall. Fahrzeugstunden und Einsatzstunden der FFW-Leute können nicht abgerechnet werden, da Satzung fehlt. Einige Gerätschaften kosten der Gemeinde viel Geld (z.B. der erst kürzlich beschlossene Rettungssatz 15.000 Euro/ davon 9.000 Euro Gemeindeanteil). Der Einsatz solcher Gerätschaften sollte demnach auch dem Verursacher bei □nfällen in Rechnung gestellt werden, da dies in solchen Fällen die Versicherung übernimmt. Der RPA schlug vor, die Gelder aus den Einsätzen auf ein Sonderkonto für die Anschaffung von Gerätschaften für die FFW zu buchen. Aus diesen Mitteln könnten dann wieder

Anschaffungen (Rettungssatz) in den Folgejahren getätigt werden. Der GR diskutierte ausführlich dieses Thema sah jedoch Probleme dahingehend, dass auch Einsätze bei Ammerndorfer Bürgern dann in Rechnung gestellt werden müssten (z.B. Wespennestentfernung, Kellerauspumpen o.ä). Eine Beschränkung auf bestimmte Einsätze gebe es nicht. Weiterhin könnten auch Einsätze zur Lebensrettung ebenfalls nicht abgerechnet werden. Der GR lehnte mit großer Mehrheit die Ausarbeitung einer Gebührensatzung ab.

Während der Prüfung des RPA wurde bezüglich der immer noch nicht aktuellen Internetseite der Gemeinde nachgefragt. Es wurde vor längerer Zeit beschlossen, dass die Website von der Fa. Livingdata (AKDB-Tochter) komplett neu erstellt wird und die weitere Pflege durch die Gemeinde selbst erfolgt. Es entstand entsprechende Diskussion im Gremium. Die Verwaltung teilte mit, dass die Fa. Livingdata "nur den Rahmen" der Website erstellt hat und sämtliche Inhalte von der Gemeinde selbst einzustellen sind. Der GR war der Auffassung, dass die Vergabe der Seitenerstellung die vollständige Befüllung der Inhalte mit einschließen würde und nur für die zukünftigen Änderungen das Rathaus verantwortlich sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Erstellung der Seite hat sich somit enorm verzögert. Bei der nächsten Auftragsvergabe sollte dies bei Beschlussvorlage im Gemeinderat genauer erfragt werden, um möglicherweise andere Anbieter mit der Erstellung zu beauftragen.

Geprüft wurde die Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Wasserabgabesatzung – hier Änderung gem. Beschluss vom 18. Oktober 2004. Im Oktober 2004 wurde die Gebührensatzung ergänzt und festgelegt, dass für eingeleitete Abwässer aus Zisternen und Brunnen die anfallenden Mengen mittels Zähler zu erfassen sind und diese der Gemeinde mitzuteilen. (wir berichteten...) Die Kosten pro cbm Wasser betragen dann 2 Euro. Mit Änderung der Satzung wurde eine öffentliche Bekanntmachung im Lokalanzeiger gemacht. Die Prüfung erstreckte sich auf die Umsetzung der Satzung und deren Anwendung. Der RPA stellte fest, dass nur eine Anlage gemeldet wurde, die mittels Wasserzähler die Kanaleinleitung erfasst. Die Verwaltung wurde beauftragt, die Umsetzung der beschlossenen Gebührensatzung konsequenter anzugehen und dazu entsprechende Maßnahmen aufzusetzen.

Zur Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 wurde mit den festgestellten Ergebnissen die Entlastung einstimmig erteilt. Die im Haushalt 2007 angefallenen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Haushaltsüberschreitungen wurden entsprechend genehmigt.

Im TOP 5 wurde berichtet, dass die kommunale Verkehrsüberwachung für acht der insgesamt 13 teilnehmenden Gemeinden die Zwangsvollstreckung der KVÜ-Gelder erfolgen soll. Die Zweckvereinbarung mit den interessierten Gemeinden solle deshalb ergänzt werden.

TOP 6 behandelte eine Änderung bezüglich der Zubringerleitungen für die Wasserversorgung an der Stelle der geplanten neuen Bibertbrücke. Hier mussten aufgrund anderer Leitungsgrößen verschiedene Anpassungen getroffen werden und größere Zubringerleitungen verlegt werden. Dies führte zu Preisveränderungen. Die Schlussrechnung liegt mit 169.000 Euro ca. 12.500 Euro unter der Angebotssumme. Der GR stimmte den durchgeführten Änderungen zu.

Für den Einsatz des Spielmobils im Sommer 2009 werden im Haushalt wieder 600 Euro eingeplant. Der Termin soll nach dem Wunsch des Gemeinderates in die Sommerferien gelegt werden, damit es im Rahmen des Ferienprogramms mit eingebaut wird.

Es folgte noch ein nichtöffentlicher Teil – Bis zum nächsten Bericht, Ihre CSU Fraktion